

Jahren nicht mehr aktiv. Es gibt natürlich auch in der Sahara Schnee, aber nicht lange. Um den FDP-Fraktionsvorsitzenden in Baden-Württemberg im Hinblick auf „Juden in der AfD“ zu zitieren: Man kann auch einen Schwimmverein in der Kanalisation gründen.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt.

Wir stimmen somit ab über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/6843 – 2. Neudruck. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/6843** bei Enthaltung der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

Wir kommen zu:

#### **4 Zurück in die Zukunft: NRW muss wieder Vorreiter für Tarifbindung werden!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6851

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD der Abgeordnetenkollegin Frau Teschlade das Wort.

**Lena Teschlade (SPD):** Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, nach dieser Debatte ist es für mich jetzt nicht ganz leicht, in ein anderes Thema zurückzufinden. Ich bin aber wirklich froh, dass man bei so wichtigen Themen dann doch merkt, dass wir als Demokratinnen und Demokraten eng beieinanderstehen. Da bin ich immer wieder froh.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Jetzt beschäftigen wir uns aber mit dem Thema „Tarifbindung“. Heute nehmen wir Sie mit auf eine Reise, und zwar auf eine Reise zurück in die Zukunft. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen wieder Vorreiter bei der Tarifbindung wird. Wie wir das erreichen können? Um das zu vermitteln, nehme ich Sie jetzt mit auf diese kleine Zeitreise.

Bis in die Mitte der Neunzigerjahre arbeiteten noch ca. 82 % aller Beschäftigten in NRW unter tarifvertraglichen Rahmenbedingungen. Bis vor zehn Jahren waren wir noch Musterland bei der Tarifbindung. Heute liegen wir bei noch knapp 57 %. Was war passiert? Wie konnte es soweit kommen?

2002 hatte die Landesregierung, bestehend aus SPD und Grünen, ein Tariftreuegesetz in NRW eingeführt.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Oh Gott!)

Dort wurde beispielsweise geregelt, dass öffentliche Aufträge im Bereich „Bauleistungen“ und beim öffentlichen Nahverkehr nur noch an Unternehmen vergeben werden durften, die bei der Ausführung des Auftrags tarifvertraglich gebunden waren.

2006 haben CDU und FDP dieses Gesetz abgeschafft. Angeblich sei es wirkungslos gewesen – übersetzt heißt das: Die Arbeitgeberverbände und Unternehmer\*innen waren nicht einverstanden. – Also hat Schwarz-Gelb es in vorausseilendem Gehorsam wieder abgeschafft.

2012 haben SPD und Grüne wieder ein Tariftreue- und Vergabegesetz eingeführt. In dem Gesetz wurden eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, um die Bedingungen für Beschäftigte in NRW zu verbessern.

Was haben CDU und FDP gemacht, als sie wieder die Macht in NRW übernommen haben? Natürlich haben sie erst einmal Arbeitnehmer\*innenrechte verschlechtert und das Tariftreuegesetz reformiert. Dazu gehörte unter anderem die Abschaffung der verpflichtenden Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen sowie die Abschaffung weiterer verpflichtender sozialer und ökologischer Kriterien.

Jetzt haben wir das Jahr 2023 und NRW liegt wie bereits erwähnt auf einem historischen Tiefstand in puncto Tarifbindung. Das müssen wir wieder ändern. Die Bundesregierung macht es mit dem Tariftreuegesetz vor. Wir wollen den 18. Platz im europäischen Vergleich endlich verlassen und uns im vorderen Feld wiederfinden. Aber dazu müssen auch die Länder ihren Beitrag leisten.

Es wird gerne so dargestellt, als wäre die Forderung nach flächendeckenden Tarifverträgen in Zeiten eines Arbeitnehmer\*innenmarktes gar nicht mehr notwendig, weil der Markt das doch ohnehin regelt – aber das stimmt nicht.

2022 arbeiteten 21 % der abhängig Beschäftigten in NRW im Niedriglohnsektor. Das sind 1,8 Millionen Menschen. Beispiele wie Amazon, Rider bei Lieferando oder Live-in-Pflege machen deutlich: Wir brauchen Tarifverträge, denn nur das ist der Garant für gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Christin Siebel [SPD])

Ich will auf die Vorteile von Tarifverträgen eingehen: Beschäftigte mit Tarifverträgen haben bessere Arbeitsbedingungen, höheren Urlaubsanspruch und weniger Wochenarbeitsstunden. Tarifverträge haben aber auch Vorteile für die Unternehmen, daher verstehe ich die Arbeitgeberverbände an der Stelle einfach nicht. Wir wissen, dass Unternehmen mit Tarifverträgen resilienter in Krisen sind. Wir wissen, dass sie zudem einen Wettbewerbsvorteil beim Kampf um die besten Arbeitskräfte haben.

Auch die Allgemeinheit profitiert, weil höhere Sozialleistungen die Gesellschaft entlasten. Berechnungen des DGB zeigen, dass in NRW jährlich rund 25 Milliarden Euro durch Tariffucht und Lohndumping verloren gehen. Der Schaden liegt bei 8,8 Milliarden Euro im Bereich „Sozialversicherung“ und rund 5,5 Milliarden Euro bei der Einkommenssteuer.

Wir wissen doch auch: Mehr Geld im Portemonnaie bedeutet höhere Kaufkraft. Gäbe es einen flächendeckenden Tarifvertrag, hätten Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen rund 12,3 Milliarden Euro mehr Lohn zur Verfügung.

(Beifall von der SPD)

Für uns als SPD ist deshalb völlig klar: Arbeit muss zum Leben reichen, und Arbeit muss sich lohnen. Dafür haben wir auf Bundesebene den Mindestlohn eingeführt; das bereits erwähnte Tariftreuegesetz kommt. Aber leider erleben wir immer wieder, dass die CDU dagegen argumentiert und sich beispielsweise nicht für einen stärkeren Mindestlohn ausspricht.

Noch einmal: NRW kann seinen Beitrag leisten und zu alter Stärke zurückfinden, indem wir jetzt das Tariftreuegesetz reformieren. Der Staat hat Handlungsspielräume, um die Bedingungen zu verbessern. Die wichtigsten Aspekte aus unserem Antrag will ich nennen:

Bei eigenen Ausschreibungen und Vergaben des Landes muss die Einhaltung der Tariftreue gewährleistet werden. Bei der Vergabe von Fördergeldern ab 25.000 Euro muss Tariftreue gewährleistet werden.

Setzen Sie sich für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ein, also für die Verbindlichkeit von Tarifverträgen für Arbeitgeber, die nicht bereits Mitglieder der tarifvertragsabschließenden Verbände wie beispielsweise der Gewerkschaften sind oder auf andere Weise tarifgebunden sind. Nehmen Sie sich in diesem Zusammenhang besonders der dramatischen Situation vieler Pflegekräfte an, etwa der sogenannten Live-Ins, die zum Teil 24/7 betreuen müssen. Wir müssen hier leider häufig von ausbeuterischen Arbeitssituationen sprechen. Dieses Thema müssen wir beherzt angehen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte hier insbesondere noch einmal in Richtung der Grünen appellieren: Sie haben das Tariftreuegesetz in NRW gemeinsam mit uns auf den Weg gebracht. Halten Sie daran fest. Setzen Sie sich weiterhin dafür ein. Das haben Sie in Ihrem Wahlprogramm niedergeschrieben und auch in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben. Dort steht, Sie wollten bei der öffentlichen Vergabe tarifgebundene Firmen bevorzugen. Sie stehen bei Ihren Wählerinnen und Wählern und auch bei den Arbeitnehmenden in der Verantwortung. Stehen Sie zu Ihrem Wort.

(Beifall von der SPD)

In Richtung der CDU und besonders in Richtung des Sozialministers Karl-Josef Laumann möchte ich sagen: Es reicht nicht, nur zu sagen, was man sich wünscht und was man gerne umsetzen würde. – Sie haben zugesagt, dass Sie sich für ein Tariftreuegesetz einsetzen, aber Sie rudern immer wieder leicht zurück. Noch in der vergangenen Woche haben Sie gesagt, dass Sie das nur machen würden, wenn es sich tatsächlich kontrollieren lasse. Ich halte das für eine Ausrede. Andere Länder und der Bund machen uns vor, wie es gehen kann. Es wird immer eine Herausforderung sein, Gesetze zu kontrollieren. Das liegt in der Natur der Sache. Daraus ergibt sich aber auch eine Aufgabe für den Staat.

Ehrlich gesagt habe ich auch eine andere Vermutung dazu, woher diese Zurückhaltung kommt. Wir wissen, dass beispielsweise der Verband unternehmer nrw die Forderung nach einem Tariftreuegesetz ganz strikt ablehnt. Der Verband argumentiert damit, dass Aufträge dann teurer werden würden und die öffentliche Hand nicht mehr attraktiv wäre. Aber eigentlich geht es dabei doch darum, dass sich Lohndrücker, die nicht tariflich entlohnen, trotzdem bei Steuergeldern und öffentlichen Aufträgen bedienen können.

Deshalb will ich Ihnen ein Argument für die Diskussion liefern und meine Gegenthese aufstellen: Dieses Lohndumping darf kein Geschäftsmodell sein und muss vom Staat unterbunden werden. Deshalb braucht es das Tariftreuegesetz. Ja, vielleicht wird es dann etwas teurer, aber das kommt den Beschäftigten und damit den Renten und der Sozialversicherung zugute. Also haben wir hinten heraus ganz klare Vorteile. Deshalb hoffe ich sehr, dass Sie sich davon nicht zu sehr beeinflussen lassen bzw. dass Sie die Debatte wenigstens ehrlich führen und klar benennen, dass Sie das nicht wollen.

Für uns ist aber klar: kein Steuergeld ohne Tarifvertrag, und daher öffentliche Aufträge nur mit Tarif.

(Beifall von der SPD)

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss und bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Teschlade. – Als Nächstes spricht für die CDU-Fraktion der Kollege Schmitz.

**Marco Schmitz (CDU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Die SPD hat heute mit dem Thema „Tarifbindung“ ein wichtiges Anliegen in die Parlamentsdebatte gebracht. Es gibt hier auch keinen großen Dissens zwischen den demokratischen Fraktionen darüber, wie wichtig die Tarifbindung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land ist.

Arbeitsplatzsicherheit, gerechte Entlohnung und angemessene Arbeitsbedingungen sind die Eckpfeiler eines produktiven und harmonischen Arbeitsumfelds. Die Tarifbindung sichert nicht nur die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern schafft auch einen stabilen Rahmen für Unternehmen, in dem sie klare Richtlinien und Verhandlungsgrundlagen bietet. Dies führt nicht nur zu einem fairen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern fördert auch die Motivation und das Engagement der Mitarbeitenden.

Die Tarifbindung spielt auch eine entscheidende Rolle bei der Reduzierung von sozialen Ungleichheiten. Durch klare und transparente Verhandlungen werden die Lohnunterschiede minimiert, und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe oder anderen Faktoren, haben die gleichen Chancen auf eine angemessene Entlohnung. Dies ist nicht nur ein ethischer Imperativ, sondern auch ein Beitrag zur sozialen Stabilität und zu Gerechtigkeit.

Dies alles sind aber keine neuen Themen für die regierungstragenden Fraktionen, daran arbeiten wir und die Landesregierung intensiv. Die Bedeutung von Sozialpartnerschaften ist unbestritten, und wir fördern einen hohen Unterstützungsgrad für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Gerade die haben einen hohen Stellenwert für uns, wie aus der Rede unseres Ministerpräsidenten Hendrik Wüst zum Arbeitnehmerempfang in diesem Jahr deutlich wird.

(Beifall von der CDU)

Ich zitiere:

„Wir verdanken es dem Einsatz mutiger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, dass die Situation in Deutschland heute eine andere ist. Umso mehr ist und bleibt die Mitbestimmung von engagierten und handlungsfähigen Betriebsrätinnen und Betriebsräten und unseren Gewerkschaften unverzichtbar. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen, dem Land der Mitbestimmung und dem Land mit der höchsten Tarifbindung in ganz Deutschland, müssen weiterhin Vorreiter sein für faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne.“

Zu unserem Leidwesen – auch das teilen wir – ist die Tarifbindung in den vergangenen Jahren leider kontinuierlich gesunken. Ich möchte an dieser Stelle aber auch einmal darauf hinweisen, dass in dem gleichen Bericht, den Sie, liebe Kollegin Teschlade, in Ihrem Antrag zitiert haben, NRW bei der Anzahl der Unternehmen mit Tarifbindung zwar nicht mehr an der Spitze steht, wohl aber bei der Anzahl der Beschäftigten mit Tarifbindung. NRW ist hier immer noch Spitzenreiter im ganzen Land.

Des Weiteren stärkt die Tarifbindung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Durch klare Regelungen und einen fairen Ausgleich wird die Produktivität gesteigert, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind motivierter, sich für den Erfolg des Unternehmens einzusetzen. Dies schafft nicht nur eine positive Unternehmenskultur, sondern trägt auch dazu bei, dass Unternehmen auf dem globalen Markt konkurrenzfähig sind.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Tarifbindung nicht nur die unmittelbaren Akteure betrifft, also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes prägt. Eine starke Tarifbindung trägt zu einer stabilen Wirtschaft bei und mindert das Risiko von sozialen Spannungen. Sie fördert das Vertrauen in die Arbeitswelt und stärkt das Fundament unserer Gesellschaft.

Wir wollen starke Sozialpartner und eine umfassende Tarifbindung. Dafür ist die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbänden essenziell. Wir werden die hohe Qualität der Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalen weiter pflegen und unterstützen, auch im öffentlichen Dienst.

Jetzt könnte man meinen, diese Worte seien einem Grundlagenpapier des DGB NRW entnommen. Sie stehen aber im schwarz grünen Koalitionsvertrag. Frau Kollegin Teschlade, Sie haben das eben ein wenig infrage gestellt, aber wenn es da steht, dann machen wir das auch, weil das Thema bei uns eine hohe Priorität hat und wir die Sozialpartnerschaft wertschätzen.

(Beifall von der CDU)

Neben diesen grundsätzlichen Gedanken möchte ich natürlich noch auf Ihre Forderungen eingehen. Gerade der Bereich der prekären Beschäftigung wird in Nordrhein-Westfalen seit Jahren von uns bekämpft. Egal, ob Paketdienste, Fleischindustrie, Bau- und Gastgewerbe oder die länderübergreifenden Kontrollen mit den Niederlanden – es werden regelmäßig Einsätze durchgeführt, um die schwarzen Schafe zu identifizieren. Dafür haben wir aktuell in den Haushaltsberatungen in dieser Woche dem Arbeitsschutz mehr Geld zur Verfügung gestellt, um diese Kontrollen ordnungsgemäß durchführen zu können und die Digitalisierung in dem Bereich voranzubringen.

Daneben haben wir mit den Beratungsstellen Arbeit bewusst Anlaufpunkte eingerichtet, an die sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen wenden können. Das gilt übrigens auch für die von Ihnen beschriebenen Live-in-Pflegekräfte, für die es im Rahmen des Pflegewegweiser NRW zudem vielfältige Infos und eine spezielle telefonische Beratung gibt.

Auch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ist ein hohes Anliegen für uns. Mit unserem Minister Karl-Josef Laumann kümmert sich regelmäßig ein Mitglied der Landesregierung darum, dass hier immer mehr für verbindlich erklärt wird. Im vergangenen Monat ist der Tarifvertrag über die Vergütung für Auszubildende im Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalen rückwirkend zum Start des Ausbildungsjahres am 1. August für allgemeinverbindlich erklärt worden. Für viele andere Tarifverträge gilt Ähnliches. Auch hier sind wir natürlich noch – und das weiß ich – weit davon entfernt, an alte Zeiten und Tarifbindungszahlen von über 80 % anzuknüpfen, aber wir arbeiten weiter daran.

In Zeiten des Wandels und der Unsicherheit ist die Tarifbindung von zentraler Bedeutung. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, diese wichtige Säule unserer Arbeitswelt zu stärken und sicherzustellen, dass sie weiterhin die Grundwerte von Fairness, Gleichheit und Stabilität verkörpert. Denn nur durch eine starke Tarifbindung können wir eine gerechte und nachhaltige Zukunft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt gestalten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch wenn wir die Themen, die ich gerade angeführt habe und die in Ihrem Antrag stehen, als schwarz-grüne Koalition bereits angegangen sind oder sogar umgesetzt haben und es eines Antrags durch die SPD dafür sicherlich nicht gebraucht hätte, stimmen wir einer Überweisung in den Ausschuss natürlich zu und freuen uns auf viele inhaltliche Debatten zu dem Thema. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Kollege Sonne das Wort.

**Dennis Sonne (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich bin heute als Vertretung für Jule Wenzel hier, die leider erkrankt ist. Jule Wenzel, herzliche Genesungswünsche aus dem Plenum nach Hause.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Es ist leider so, dass die Tarifbindung in unserem Land rückläufig ist. Laut dem WSI wurden im Jahr 1996 noch 82 % der Beschäftigten nach Tarif bezahlt. Im Jahr 2020 waren es nur noch 57 %.

Dieser Trend nach unten ist erschreckend. Ich habe den Eindruck, dass die Bedeutung der Tarifbindung viel zu häufig unterschätzt wird. Ganz überwiegend wird über den Mindestlohn gesprochen. Ein ausreichend hoher Mindestlohn ist als untere Grenze des Einkommens richtig und wichtig, aber erst die Tarifbindung sorgt für faire und gute Löhne für die Arbeitnehmer\*innen.

Die Erfahrung zeigt: Wenn die Tarifbindung bröckelt, gerät auch die Mittelschicht unter Druck, weil die Löhne nicht mehr mit den allgemeinen Kostensteigerungen Schritt halten und gleichzeitig Arbeitsbedingungen immer unsicherer werden. Genau das haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten beobachtet, und dies ist auch ein Grund für Demokratieüdigkeit.

Für viele der Beschäftigten hat ein Tarifvertrag handfeste Vorteile. Um die bessere Bezahlung konkret zu machen: Eine neue Analyse des DGB zeigt, dass Beschäftigte, die nach Tarif bezahlt werden, im Jahr durchschnittlich 3.022 Euro netto mehr in der Tasche haben.

Die Vorteile gehen aber weit über die Bezahlung hinaus; Frau Teschlade hat es in ihrem Redebeitrag gerade erläutert. Beschäftigte erhalten viel häufiger Urlaubs- und Weihnachtsgeld, und sie haben kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaubstage. Vor allem haben Tarifbeschäftigte aber besonders in Krisenzeiten zum Beispiel durch Regeln beim Kurzarbeitergeld mehr Sicherheit.

Eine hohe Tarifbindung ist aber nicht nur für die einzelnen Beschäftigten wichtig, sondern sie kommt der gesamten Wirtschaft und der Gesellschaft zugute. Studien zeigen, dass Betriebe mit einer Tarifbindung erfolgreicher sind. Die Beschäftigten sind motivierter, und die Produktivität ist höher. Außerdem ist die Bindung an das Unternehmen stärker.

Des Weiteren schaffen Flächentarifverträge faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen, indem sie Lohndumping und eine Ausbeutung vermeiden. Denn wenn Unternehmen nicht über schlechte Arbeitsbedingungen konkurrieren können, dann müssen sie über Qualität und Quantität konkurrieren.

Die schwarz-grüne Landesregierung hat im Koalitionsvertrag klar Position bezogen. Wir wollen starke Sozialpartner und eine umfassende Tarifbindung. Die Landesregierung arbeitet deswegen bereits an einer neuen Tarifreuregelung.

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen ökologische und soziale Standards sowie Tarif-

bindungen verbindlich berücksichtigt werden. Von daher geht der Antrag der SPD in die richtige Richtung.

Wir als Land wollen aber darüber hinausgehen und haben uns deshalb in unserer Koalition darauf verständigt, eine nachhaltige Beschaffungspraxis bei der Landesverwaltung in den Blick zu nehmen. Ebenso ist es wichtig, Vergabestellen fortzubilden und zu beraten sowie die Städte und Gemeinden bei Ausschreibungen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Tariftreue zu unterstützen.

An all dem arbeiten wir. Die Details eines wirksamen Vergabegesetzes sind jedoch alles andere als einfach. In Wirklichkeit ist es schwierig, die Tariftreue bei jeder Auftragsvergabe zu gewährleisten und zu kontrollieren. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Subunternehmen oder sogar „Subsubunternehmen“ involviert sind. Gleichzeitig arbeitet der Bund an einem neuen Tariftreuegesetz.

All das müssen wir berücksichtigen, damit wir am Ende ein wirksames Vergabegesetz haben.

Der Antrag der SPD fordert zusätzlich Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigungen. Auch hier ist die Landesregierung bereits aktiv. So hat das MAGS trotz der schwierigen Haushaltslage mit den „Beratungsstellen Arbeit“ eine flächendeckende Unterstützung und Beratungsstruktur für Betroffene geschaffen.

Zudem gibt es viele weitere Angebote. Ein Beispiel ist das Projekt „Arbeitnehmerfreizügigkeit fair gestalten!“, im Zuge dessen die Beschäftigten in ihrer Muttersprache hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Rechte beraten werden. Des Weiteren bietet NRW im Bereich der Pflege mit dem „Pflwegeweiser NRW“ viele Informationen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie eine telefonische Beratung für Live-In-Kräfte.

Wir teilen also die Ziele des Antrags einer höheren Tarifbindung und die Eindämmung von prekärer Beschäftigung. Die Forderungen des Antrags bedarf es hingegen nicht, weil die Landesregierung an vielen Stellen bereits aktiv ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen wieder Vorreiter für faire und gerechte Arbeitsbedingungen wird. Nur so können wir unserem Anspruch gerecht werden, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.

An einigen Stellen stimmen wir mit dem vorliegenden Antrag nicht überein. Dennoch stimmen wir der Überweisung des Antrags in den Ausschuss selbstverständlich zu und freuen uns auf die weiteren Beratungen zu diesem wichtigen Thema. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Sonne. – Den Genesungswünschen an Ihre Kollegin sowie an mittlerweile über 30 andere Kolleginnen und Kollegen schließen wir uns an. Sie haben gemerkt, dass sich die Reihen im Laufe des Tages weiter gelichtet haben, weil wir den einen oder anderen nach Hause geschickt haben. Es kursiert also.

(Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Was? Corona? – Dennis Sonne [GRÜNE]: Ja!)

– Für Diagnosen bin ich nicht zuständig, Herr Minister. – Für die FDP-Fraktion spricht die Kollegin Schneider.

**Susanne Schneider (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir steuern Nordrhein-Westfalen in Richtung Wachstum. Das war und ist der Anspruch der FDP-Landtagsfraktion in diesem Haus. Bei der Regierungsübernahme 2017 haben wir daher sofort angepackt und noch im ersten Regierungsjahr das Entfesselungspaket I auf den Weg gebracht. Die Aktivierung der Wirtschaft war ein Kernelement des damaligen Politikwechsels hin zu mehr Wachstum und weniger Bürokratie.

Mit der Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes haben wir die Menschen, die Betriebe und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen von unnötiger Bürokratie entlastet.

(Beifall von der FDP)

Die Wirtschaft von Nordrhein-Westfalen brauchte seinerzeit nach sieben Jahren Rot-Grün dringend eine neue Dynamik. Die SPD scheint das völlig verdrängt zu haben; anders kann ich mir den vorliegenden Antrag nicht erklären. Die Genossinnen und Genossen wollen eine Rolle rückwärts hinlegen und vergessen dabei, dass diese Entfesselung zum Erhalt und vor allem zur Schaffung vieler Arbeitsplätze beigetragen hat.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Entfesselung war sehr nötig. Mit dem neuen Tariftreue- und Vergabegesetz wollte Rot-Grün im Jahr 2012 zahlreiche gesellschaftspolitische Ziele im Rahmen der öffentlichen Beschaffung verfolgen. In der Folge wurden die gewünschten Ziele aber nicht erreicht. Stattdessen ist eine frisch wuchernde Bürokratie entstanden.

Das hatte auch die Evaluation des Gesetzes gezeigt. Über 90 % der kommunalen Vergabestellen in Nordrhein-Westfalen hatten über einen Mehraufwand durch das Gesetz geklagt. Über 70 % der Vergabestellen hatten Probleme bei der Anwendung des

Gesetzes. Über 70 % der Auftragnehmer klagten über große Probleme bei den Nachweispflichten.

Das rot-grüne Gesetz hatte auch dazu geführt, dass aufgrund der geforderten Kriterien und Nachweise weniger Unternehmen Angebote erstellt hatten und in der Folge die Kosten für die öffentliche Hand gestiegen sind. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ohne eine eigene Rechtsabteilung konnten den bürokratischen Aufwand rund um die Vergabe kaum noch leisten.

Die politischen Ziele von Rot-Grün – zum Beispiel eine Reduzierung von Umweltschäden – wurden hingegen nicht erreicht. Vielmehr wurde mit einer eigenen Behörde zur Kontrolle sowie der Einrichtung einer Servicestelle der Verwaltungsaufwand ausgeweitet. Das Gesetz war so kompliziert, dass eine Vergabe zwangsläufig zusätzliche Bürokratie zur Beratung und Kontrolle erfordert.

Dieses gescheiterte rot-grüne Gesetz haben wir dann reformiert. Dabei haben wir das Kernelement einer Tariftreue bei der Vergabe gar nicht infrage gestellt. Vielmehr haben wir das Vergaberecht von komplizierten Nachweispflichten und Verwaltungsverfahren befreit. Wer jetzt mit dem Ziel einer Stärkung der Tarifbindung das Gesetz wieder ändern will, wird am Ende nicht mehr Tariftreue erreichen, sondern ausschließlich mehr Bürokratie und Kontrolle.

(Beifall von der FDP)

Die Forderung im Antrag bedeutet in letzter Konsequenz doch nur, dass bei der öffentlichen Vergabe wieder politische Ziele umgesetzt werden sollen. Sie betreiben mit Ihrem Antrag sozialdemokratische Folklore und damit reine Symbolpolitik. Vielleicht sollten Sie Ihre Antragskiste einfach mal entrümpeln und diese Initiative aussortieren.

Offenbar können Sie sich aber von dieser Standardmaßnahme einfach nicht trennen; schließlich drücken Sie auch in anderen Bundesländern, in denen Sie in Verantwortung sind, ähnliche Initiativen durch, teilweise mit wirklich ausufernden Regelungen, die man wirklich nur als Bürokratiemonster bezeichnen kann.

Stellen Sie sich doch mal der Realität: In mehreren Bundesländern gibt es ein Tariftreue- und Vergabegesetz. Sind die Verhältnisse dadurch wirklich so viel besser? – Nein. Gibt es in diesen Ländern irgendeine höhere Form von Tarifbindung der Unternehmen? Nein. – Gibt es in diesen Ländern irgendwas, was dafür spricht, dass dort die Tarifbindung ausgeprägter wäre? – Nein.

Wer wirklich die Tarifbindung stärken möchte, sollte den Sozialpartnern mehr Gestaltungsspielraum geben. Ein Beispiel wären Vereinbarungen zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit. Der Koalitionsvertrag im Bund sieht dazu Experimentierräume für Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen aufgrund von

Tarifverträgen vor. Das scheint aber für die Landes-SPD leider kein Thema zu sein.

Verzichten wir also bitte auf eine solche Debatte und auf solche Ideen, die längst überholt sind, denn die Herausforderungen für die Wirtschaft sind jetzt noch groß genug. Anstatt wieder neu zu bürokratisieren, sollten wir dringend weiter entbürokratisieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tarifbindung nimmt seit Jahren ab – das ist soweit richtig beschrieben –, aber nicht jede Firma, die keinen Tarifvertrag hat oder unterschreibt, betreibt gleich Tariffucht. Es gibt eben nicht nur Schwarz und Weiß, wie es gerne dargestellt wird – vielleicht auch in der Debatte zuvor –,

(Zuruf von der SPD: Es gibt auch Braun!)

sondern es sind viele Grautöne.

Es ist eben nicht mehr die Welt von Ferdinand Lassalle, in die Sie vielleicht zurückwollen. Eine moderne Dienstleistungsgesellschaft ist keine Gesellschaft der Hochöfen oder der Industriebetriebe mehr. Der Grund, aus dem ausgerechnet Nordrhein-Westfalen noch eine besonders hohe Tarifbindung aufweist, ist ja, dass wir vergleichsweise industrialisiert sind, aber das wollen Sie ja alle miteinander auch gerade abwickeln.

Daher werden wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren beobachten, dass die Tarifbindung noch weiter abnehmen wird, denn für junge IT- und Medienfirmen ist es schlichtweg nicht attraktiv genug, diese Flächentarifverträge anzunehmen, weil sie nicht individuell gestaltbar sind und dementsprechend nicht die Möglichkeiten für einen kompetitiven Markt bieten, der auch international ausgerichtet ist, sodass die Tarifverträge dort nur Nachteile für diese jungen Firmen mitbringen würden.

Wenn Sie demnächst bei Ausschreibungen nur noch diejenigen berücksichtigen wollen, die sich an Tarifverträge halten, kommt wahrscheinlich Ähnliches heraus wie bei Ihrem letzten Wahlwerbespot, der ja auch superinnovativ war. In diesen Bereichen, in denen es schlichtweg auch darum geht, nicht nur mit der Firma im Nachbarort oder im Nachbarbundesland zu konkurrieren, sondern durchaus auch mit einem Land zum Beispiel in Südostasien oder in Nordamerika, ist es nicht zeitgemäß, und die Personen nehmen es nicht mehr an.

Denn es hat eben nicht nur Vorteile. Das muss man auch sagen. Noch einmal: Es gibt sicherlich Bereiche, in denen man ganz genau hingucken muss, in denen vielleicht auch ausbeuterisch gehandelt wird, in denen ein Flächentarifvertrag oder zumindest ein Manteltarifvertrag viele Menschen schützt, aber gerade in solchen Bereichen gibt es Nachteile, weil es zum Beispiel auch gebremste Aufstiegschancen gibt.

Sie können meistens, wenn Ihr Arbeitgeber Ihnen einen gewissen Tarifvertrag vorlegt, nicht verschiedene Stufen überspringen, weil das unter Umständen mit der Arbeitnehmervertretung nicht so einfach zu machen ist, sodass viele Arbeitnehmer es selbst ablehnen, sich in so etwas zu begeben, sondern lieber frei verhandeln.

Es wurde zwar gerade im Prinzip schon zerredet, aber es ist ja so: In Zeiten des Fachkräftemangels kann es doch für den Arbeitnehmer von Vorteil sein, sich frei und ungebunden in Tarifverhandlungen zu bringen. Das kommt aber natürlich immer ein Stück weit auch darauf an, was Sie als Person mitbringen.

Noch einmal: In einzelnen Firmen, in einzelnen Gewerben ist es gut, dass man dort hinschaut. Es ist auch gut, dass vielleicht auch die Politik darauf drängt, dass man dort vernünftige Rahmenbedingungen und faire Arbeitsverhältnisse schafft. Aber in anderen Bereichen? Ich kenne ärztliche Kollegen, die haben kein einziges Jahr in ihrem Leben tarifgebunden gearbeitet, sondern immer übertariflich, einfach weil die Mangelsituation das hergibt.

Wenn ausgerechnet SPD, Grüne und andere, die sich gerne als Links geben, mit Grenzöffnung und riesigem Binnenmarkt dafür sorgen, dass Arbeitskampf immer schwieriger stattfinden kann, weil Menschen von außen dazu kommen, die unter Umständen diesen Job für günstige Löhne annehmen, ist es doch so, dass Sie gerade in diesen Zeiten völlig an der Realität vorbei argumentieren.

Beispielsweise hat – das muss man vielleicht an der Stelle lobenswert erwähnen – Sahra Wagenknecht längst erkannt, dass Sie mit der Politik, die Sie da betreiben, gegen Arbeitnehmerrechte stimmen und gerade mit diesem Internationalismus, gerade mit den offenen Binnenmärkten an vielen Stellen nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertreten.

Auf der anderen Seite haben Sie gerade das Beispiel der 24-Stunden-Pflege, der Live-Ins genannt, aber gerade das ist doch ein Bereich, der sich überhaupt nicht als Beispiel dafür eignet. Auf dem Markt gibt es doch einen riesigen Anteil von Schwarzbeschäftigungen, von Leuten, die sich nicht anmelden. Warum melden die sich nicht an? Warum gibt es dort eben nicht die Möglichkeit für Arbeitnehmer? Das ist doch eigentlich nur von Vorteil: Sie sind sozialversichert, sie bekommen höhere Löhne. Warum wird das dann in der Regel nicht praktiziert?

Das ist doch wegen der Sozialausgaben, wegen der hohen Hürden der Fall, die Sie jetzt schon eingezogen haben. Jetzt wollen Sie die Hürde noch höher legen, um noch höhere Hürden für Familien zu setzen, die händeringend jemanden suchen, der sich 24 Stunden um die Angehörigen kümmern kann. Das wird in der Realität nicht funktionieren. Damit treiben Sie die Leute geradezu in Richtung Schwarzarbeit, wie Sie es jetzt schon sehen, was Sie auf der anderen Seite dann beklagen. Aber das ist Ihre bigotte Politik.

Wenn Sie jetzt in diesem Antrag fordern, dass alle Vergabe von Aufträgen öffentlicher Hand und auch verschiedene Fördermittelvergaben ab einer bestimmten Höhe nur noch an Firmen ergehen dürfen, die tarifgebunden sind, gehen Sie völlig an den Zeichen der Zeit und an der Realität vorbei. Ich gebe Ihnen wirklich Brief und Siegel darauf: Versuchen Sie unter diesen Bedingungen eine international anerkannte IT-Firma zu finden; die wird sich dann eben umorientieren.

Aber vielleicht ist das genau das, was Sie wollen. Dann werden halt demnächst Aluminium, IT, Medien, Filme und Software nur noch im Ausland produziert und nicht mehr in Deutschland. Sann hätten Sie Ihr Ziel erreicht: Alle sind tarifgebunden nichtbeschäftigt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte am heutigen Nachmittag beschäftigt sich mit der DNA unserer Gesellschaftsordnung, nämlich der sozialen Marktwirtschaft. Und die soziale Marktwirtschaft ist ohne Sozialpartnerschaft nicht vorstellbar.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die soziale Partnerschaft findet ihren Ausdruck darin – das ist für den Staat von großem Vorteil –, dass sie und nicht der Staat regional und branchenbezogen alles, was man in der Arbeitswelt regeln muss, regelt. Unsere Wirtschaft ist so vielfältig – im Übrigen ist sie vielfältiger als vor 20 oder 30 Jahren –, dass der Staat sich völlig übernehmen würde, wenn er mit Gesetzen das regeln wollte, was in dieser Vielfältigkeit notwendig ist. Deswegen müssen wir auch politisch ein hohes Interesse daran haben, dass die soziale Partnerschaft in unserem Land eine gute Zukunft und eine starke Bindungskraft hat.

Das erste wichtige Gesetz in meinem Leben als junger Bundestagsabgeordneter, bei dem ich Berichter-

statter war, war das heutige Arbeitszeitgesetz. Das ist 1993 verabschiedet worden. Es ist heute immer noch so, wie wir es 1993 gemacht haben. Es ist nie geändert worden. Diese Zeitspanne kann ich überblicken. Wenn man älter wird, kann man länger zurückdenken. Das ist das einzig Positive, was mir zum Älterwerden einfällt.

(Thorsten Klute [SPD]: Da gibt es mehr! Da gibt es mehr!)

Aber ich will Ihnen sagen: Die Arbeitswelt ist heute nicht mehr wie 1993. Deswegen muss ich ehrlich zugeben, auch wenn man das nicht gerne tut: Wenn ich als Arbeitsminister zum Beispiel neue Branchen besuche, die es 1993 noch gar nicht gab und ich da über das Arbeitszeitgesetz rede, dann schaut man mich an, als hätte man noch nie etwas davon gehört.

(Lena Teschlade [SPD]: Nee, weil sie nichts davon verstehen!)

– Ja, das ist auch egal. Aber es ist, wie es ist.

(Lena Teschlade [SPD]: Nein, das ist nicht egal!)

– Machen Sie es sich nicht so einfach.

Deswegen glaube ich, dass die Antwort der Zukunft nicht darin liegt, dass wir im Bundestag oder in anderen Parlamenten ein passgenaues Arbeitszeitgesetz machen, sondern meine Meinung ist, dass dafür die Tarifvertragsparteien Lösungsmöglichkeiten bekommen müssen. Aber wenn die Tarifvertragsparteien branchenbezogenen Lösungen erarbeiten sollen, dann muss es auch Tarifvertragsparteien geben. Unser Problem ist doch – deshalb hat die Tarifbindung so nachgelassen –, dass wir immer mehr Bereiche haben, in denen wir keine organisierte Sozialpartnerschaft mehr haben,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

weil Arbeitgeber nicht mehr im Unternehmensverband sind oder, wenn sie Mitglied sind, als sogenannte AT-Mitglieder geführt werden, also ohne Tarifbindung.

Wenn wir ehrlich sind, haben wir auch auf der Gewerkschaftsseite Probleme, ganze Bereiche neuer Arbeitsplätzen gewerkschaftlich zu organisieren, weil unsere Gewerkschaften, weil wir – ich bin seit 50 Jahren in der IG Metall – die Leute schlicht und ergreifend nicht erreichen. Der Mindestlohn ist ein Beispiel dafür. Den haben wir nicht gemacht, weil uns der Hafer stach, sondern weil wir im unteren Lohnbereich gar keine Regelungen mehr hatten und weder die Gewerkschaften stark waren noch die Arbeitgeber. Deswegen haben wir das bekommen, was wir jetzt haben: einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Mindestlohnkommission, die im Übrigen von vorne bis hinten nichts taugt.

(Lena Teschlade [SPD]: Gern geschehen!)

Wenn man in Inflationszeiten um 41 Cent erhöht, dann sage ich mal, hat man den Schuss nicht gehört. Ich verstehe, dass die Gewerkschaften sagen: So arbeiten wir da nicht mehr mit. – Ich verstehe es gut.

Dann ist die Frage: Wie kann man diese Tarifbindung stärken? Deswegen sollten wir erst einmal sagen, dass wir es nicht allein mit Gesetzen hinkriegen werden. Die können vielleicht ein bisschen flankieren. Wir brauchen eine Renaissance der Sozialpartnerschaft, starke Unternehmensverbände und starke Gewerkschaften. Das ist erst mal das Wichtigste.

(Beifall von der CDU)

Dann kann die Politik helfen, zum Beispiel mit der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. In Nordrhein-Westfalen haben wir die Tarifverträge für die Friseure, für alles, was Sicherheit angeht, für den DEHOGA und fürs Bäckerhandwerk durch Landesrecht für allgemeinverbindlich erklärt. Ich habe noch mal bei unserer Schlichterin, Frau Sachtje, nachfragen lassen: In Nordrhein-Westfalen ist seit 15 Jahren kein einziger Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit abgelehnt worden. Kein einziger Antrag ist abgelehnt worden! Egal, wer damals Arbeitsminister war: Wir haben sie unterschrieben. – Das ist ein Instrument, welches wir in der DNA der Landespolitik haben.

Der zweite Punkt ist, dass wir uns sehr um faire Arbeit kümmern. Wir haben keine Werkverträge mehr in der Schlachtindustrie. Ich glaube, ich darf schon sagen, dass Nordrhein-Westfalen damit ein bisschen etwas zu tun hat, und damit auch meine Person. Da ist eine große, schlechte Sache beendet worden.

Wir haben als Land Nordrhein-Westfalen auch für die ASMK, die nächste Woche in Berlin stattfindet, einen Antrag gestellt. Wir sind der Meinung, dass wir uns bestimmte Bereiche in der Logistik genau ansehen müssen, weil es dort ähnliche Dinge gibt wie in der Fleischindustrie. Das dürfen wir nicht dulden. Das Ausbeuten von Leuten geht nicht. Schlecht bezahlen, den Mindestlohn umgehen, indem Arbeitszeiten nicht aufgeschrieben werden, und dann auch noch für das Bett 300 Euro im Monat kassieren: Das geht nicht. Darüber müssen wir uns völlig im Klaren sein.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt kommen wir zur Frage der Tariftreue. Wir haben einen klaren Koalitionsvertrag. Darin steht: Wir wollen starke Sozialpartner und eine umfassende Tarifbindung. Dazu wollen wir bei öffentlichen Vergaben tarifgebundene Firmen bevorzugen. Dafür werden wir, wo es notwendig ist, neue Regeln schaffen und Vergabestellen fort- und weiterbilden. Das steht im Koalitionsvertrag.

Natürlich kennt mein Ministerium wie alle Ministerien den Koalitionsvertrag. Er wird nirgendwo mehr gelesen als in Ministerien. Glauben Sie es mir. Und natürlich überlegen wir, wie wir das machen. Selbst-

verständlich sind der Staatssekretär und ich auch an diesen Überlegungen beteiligt.

Ich will Ihnen nur sagen: Wenn wir etwas machen, muss das etwas sein, was funktioniert. Ich will nicht in alten Zeiten herumbaggern – das bringt ja auch nichts –, jedenfalls waren aber im Wahlkampf 2017 das Tariftreuegesetz in Nordrhein-Westfalen und die Hygieneampel riesige Themen. Der eine oder andere wird sich erinnern. Alle Leute haben mit dem Kopf geschüttelt, was da alles beachtet werden musste, weil man alles reingepackt hat.

Wenn wir etwas machen – wir haben das noch nicht rund; wir haben es auch bei uns im eigenen Haus noch nicht rund –, bin ich auf jeden Fall der Meinung, dass wir uns auf die Lohnfrage konzentrieren sollten.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Wir sollten nicht meinen, Umweltstandards und viele andere Dinge mit reinzunehmen zu sollen.

Zweitens muss man sich ansehen, wofür das Land Nordrhein-Westfalen Geld ausgibt. Ich geht ja nur um Vergaben, die das Land macht. Alles andere können wir gar nicht vorschreiben. Ich würde sagen, wenn man so schlicht denkt, wie ich: Ein Vergabegesetz für etwas zu machen, wohin das Land Nordrhein-Westfalen gar keine Aufträge vergibt, ist eigentlich nur Bürokratie.

(Lena Teschlade [SPD]: Das steht in dem Antrag!)

Drittens. Da, wo wir wirklich hohe Aufträge vergeben – meinerwegen im Straßenbau –, muss man schauen, wie viel Allgemeinverbindlichkeit wir schon haben. Da, wo es schon tarifgebunden ist, muss man auch überlegen, ob man Bürokratie macht.

Dann muss man einen vierten Punkt sehen. Ich nenne beim Thema „öffentliche Vergaben“ immer gerne das Beispiel eines Händlers, der Handys und iPads verkauft. Wenn eine Behörde dort kauft – oder auch das Land für die Schulen –, wird kein einziger Händler in Nordrhein-Westfalen ruhigen Gewissens unterschreiben können, dass alles, was in diesen Handys ist, tarifgebunden war, weil er es gar nicht weiß. Das kann er nicht wissen.

Ich bin ziemlich sicher, dass man das mittlerweile beim Auto auch nicht mehr sagen kann. Auch ein Fabrikat, das man mit Deutschland verbindet, ist heutzutage unter der Motorhaube ein weltweites Produkt. Auch das muss man bedenken.

Damit will ich nur sagen: Hier liegen die Antworten einfach nicht auf der Hand. Das habe ich in dem Interview gesagt, Frau Teschlade. Ich werde nur etwas vorlegen, was ich auch verantworten kann und was in der Durchführung etwas bringt. Und dann muss man es kontrollieren können, und es muss von der Bürokratie her, von der Art, wie wir es machen, handhabbar sein. Aber irgendetwas zu machen, um es

dann in die Galerie stellen und „Aber wir haben auch!“ sagen zu können, das ist nicht mein Politikstil.

Ich will gar nicht über andere reden, aber schaut euch mal an, ob die Vergabegesetze, die es überall in Deutschland gibt, Galerie sind oder ob sie wirklich etwas bewegen. Schaut es euch das mal in Ruhe an und kommt zu einem eigenen Urteil – ich will hier nicht über andere Länder reden. Ich komme da zu unterschiedlichen Urteilen.

Ich glaube, dass es in die heutige Zeit nicht mehr passt, etwas mit großen Worten und großer Wolken-schieberei in der Politik sage, und anschließend sehen die Leute nach ein, zwei Jahren: außer Bürokratie und Spesen nichts gewesen! Das führt zu noch mehr Frust.

(Lena Teschlade [SPD]: Macht ihr in anderen Bereichen auch ständig!)

Deswegen ist diese Frage gar nicht so einfach zu beantworten. Aber wir arbeiten daran. Ich bin mir ziemlich sicher, dass uns etwas einfällt, was wir guten Gewissens vorschlagen können. Natürlich braucht man dann auch die Zustimmung der beiden Koalitionsfraktionen dafür. Das ist nun einmal in einer demokratischen Regierung so. Und da gibt es natürlich auch eine Bandbreite unterschiedlicher Meinungen.

Aber eines will ich an dieser Stelle schon sagen: Man kann in einer schwarz-grünen Regierung vielleicht etwas eher ein Tariftreuegesetz hinbekommen als in einer schwarz-gelben Regierung. Das haben die Debatten heute auch deutlich gemacht. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/6851 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

## 5 Jetzt klares Bekenntnis für den Verzicht auf eine Rohstoffabgabe abgeben und auf smartes Rohstoffmanagement setzen.

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6841